

## EU-Gipfel beschließt: »Europa-2020«-Strategie und engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik



Am 17. Juni 2010 sind die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zum letzten Gipfeltreffen unter spanischer Ratspräsidentschaft zusammengekommen. Zentrale Themen waren die »Europa-2020«-Strategie, die engere Koordination der Wirtschaftspolitik, die Verschärfung der Finanzaufsicht sowie die Vorbereitung des G-20-Gipfels.

[>> Seite 2](#)

## Blickpunkt Europa



### Belgien ohne Regierung – aber mit EU-Präsidentschaft

Am 1. Juli 2010 hat Belgien die rotierende Ratspräsidentschaft der Europäischen Union von Spanien übernommen. Die abgewählte aber noch geschäftsführend im Amt befindliche belgische Regierung unter dem flämischen Christdemokraten Yves Leterme führt somit ab sofort den Vorsitz in allen Ministerräten bis auf den Außenministerrat sowie im Ausschuss der Ständigen Vertreter.

[>> Seite 3](#)

## Schuldenkrise in der Eurozone



### BDI und BDA fordern Insolvenzoption für überschuldete Eurostaaten

BDA und BDI fordern in einer gemeinsamen Erklärung unter dem Titel »Für eine neue europäische Stabilitätspolitik« die Schaffung einer Insolvenzoption für überschuldete Mitgliedstaaten. Nur auf diese Weise könne verhindert werden, dass die Eurozone sich von einer Stabilitätsgemeinschaft zu einer Transferunion entwickle.

[>> Seite 4](#)

## Spektrum Europa

**Kommission konsultiert zu einer neuen Energiestrategie 2011-2020**

[>> Seite 5](#)

**Umweltministerrat zur aktuellen Klimadebatte**

[>> Seite 5](#)

**Rat für Beschäftigung und Sozialpolitik: Einigung auf »Armutziel«**

[>> Seite 6](#)

**Weitere Themen**

[>> Seite 6](#)

## EU-Gipfel in Brüssel: »Europa-2020«-Strategie verabschiedet und erste Weichenstellung für eine europäische Stabilitätskultur



Der EU-Gipfel will eine engere Koordination der Wirtschaftspolitik. Details bleiben derzeit aber noch offen. Foto: Der Europäische Rat

Am 17. Juni 2010 sind die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zum letzten Gipfeltreffen unter spanischer Ratspräsidentschaft zusammengekommen. Zentrale Themen waren die »Europa-2020«-Strategie, die engere Koordination der Wirtschaftspolitik, die Verschärfung der Finanzaufsicht sowie die Vorbereitung des G-20-Gipfels.

Der Europäische Rat nahm die »Europa-2020«-Strategie an. Die Strategie folgt auf die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung, die mit ihrem Ziel gescheitert war, die Europäische Union bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Die neue Strategie sieht fünf Kernziele in den Bereichen Beschäftigungsaufbau, Forschungsinvestitionen, Klimaschutz, Bildung und Armutsbekämpfung vor. Wachstum und Beschäftigung als Ziele müssen absoluten Vorrang genießen, damit die »Europa-2020«-Strategie nicht so endet wie die Lissabon-Strategie. Ohne entschlossene Struktur-reformen wie zum Beispiel eine beschäftigungsfreundliche Ausgestaltung der Arbeitsmarktverfassungen sowie mutige Schritte zur Sanierung der öffentlichen Haushalte wird die EU es nicht schaffen, ihre ambitionierten Ziele zu erreichen.

Weiteres zentrales Thema des Gipfels war die Verstärkung der wirtschaftlichen Koordination der EU. Hierzu legte der Europäische Rat erste Grundzüge fest. So ist unter anderem vorgesehen, künftig die Schuldenstände und die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen stärker zu beachten sowie den Stabilitäts-pakt intensiver zu überwachen und mit zusätzlichen Sanktions-möglichkeiten auszustatten. Zudem sollen der EU-Kommission und dem Rat der Finanzminister von 2011 an die Grundzüge der nationalen Haushalte frühzeitig zur Abstimmung und Prüfung vorgelegt werden (»Europäisches Semester«). Die wirt-

schaftspolitische Koordination soll grundsätzlich im Rahmen der EU-27 stattfinden und nicht – wie ursprünglich von Frankreich gefordert – auf die Euro-Staaten beschränkt werden. Treffen der Staats- und Regierungschefs der Eurogruppe finden jedoch im Bedarfsfall weiterhin statt. Dies ist ein klarer Verhandlungserfolg von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die sich für die Einbeziehung aller 27 EU-Mitgliedstaaten eingesetzt hatte. Der Beschluss, den Stabilitäts- und Wachstumspakt künftig zu stärken, ist ebenfalls vor allem dem enormen Einsatz sowie dem Beharrungsvermögen der Bundeskanzlerin zu verdanken. Die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs sind ein erster Schritt hin zur dringend erforderlichen Errichtung einer europäischen Stabilitätskultur. Wichtige Fragen wie zum Beispiel die Gestaltung eines dauerhaften Krisenmechanismus oder die Schaffung einer Insolvenzoption sind allerdings noch offen und müssen in den kommenden Monaten geklärt werden. Außerdem müssen die jetzt verabschiedeten Absichtserklärungen noch in konkrete EU-Gesetzgebung umgesetzt werden.

Hinsichtlich der Verschärfung der Finanzaufsicht in der EU forderten die Staats- und Regierungschefs, die Reformen dringend abzuschließen. Hintergrund ist, dass das laufende Gesetzgebungsverfahren nur schleppend vorankommt, weil die Positionen zwischen Rat und Europäischem Parlament noch weit auseinander liegen. Nach Wunsch der Staats- und Regierungschefs sollen die neuen Aufsichtsorgane ihre Arbeit bereits am 1. Januar 2011 aufnehmen. Zudem ist sich der Europäische Rat einig, dass in den Mitgliedstaaten Abgaben und Steuern für Finanzinstitute eingeführt werden sollen, um den Bankensektor an den Kosten der Krise zu beteiligen. Die EU wurde außerdem beauftragt, sich auf G-20-Ebene für eine Bankenabgabe sowie eine Finanztransaktionssteuer einzusetzen.

Die Staats- und Regierungschefs gaben grünes Licht für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Island, welches bis 2012 Mitglied der Europäischen Union werden will. Zudem wurde der Kommissionsvorschlag unterstützt, Estland ab 2011 in die Eurozone aufzunehmen.

Andres Rojas del Rio, [a.rojas\\_del\\_rio@arbeitgeber.de](mailto:a.rojas_del_rio@arbeitgeber.de)  
Dr. Tim Peters, [t.peters@bdi.eu](mailto:t.peters@bdi.eu)

## Blickpunkt Europa

## Belgien ohne Regierung – aber mit EU-Präsidentschaft



Die belgische Ratspräsidentschaft setzt auf Kontinuität.  
Foto: BDI/fotolia (bluedesign.info)

Am 1. Juli 2010 hat Belgien die rotierende Ratspräsidentschaft der Europäischen Union von Spanien übernommen. Die abgewählte aber noch geschäftsführend im Amt befindliche belgische Regierung unter dem flämischen Christdemokraten Yves Leterme führt somit ab sofort den Vorsitz in allen Ministerräten bis auf den Außenministerrat sowie im Ausschuss der Ständigen Vertreter.

Aufgrund der weitreichenden Kompetenzen der belgischen Regionen und Sprachgemeinschaften werden die Ministerräte teilweise nicht von föderalen Ministern sondern von Regierungsvertretern der nachgeordneten Ebenen geführt werden. So ist zwar der föderale Wirtschaftsminister Vincent Van Quickenborne generell für den Wettbewerbsfähigkeitsrat verantwortlich, die Industriepolitik verantwortet aber der wallonische Wirtschaftsminister Jean-Claude Marcourt und den Forschungsteil des Rates der Wirtschaftsminister der Region Brüssel, Benoît Cerehe. Der Rat für Beschäftigung und Sozialpolitik wird von den föderalen Ministern Joëlle Milquet (Beschäftigung) und Laurette Onkelinx (soziale Angelegenheiten) geführt.

Belgien hatte im Vorfeld versichert, bestens auf die Präsidentschaft vorbereitet zu sein. Gleichzeitig erklärten alle Parteien, dass sie die belgische Ratspräsidentschaft trotz der schwierigen politischen Lage unterstützen würden. Streitigkeiten zwischen Flamen und Wallonen hatten zum Rücktritt der jetzigen Regierung und vorgezogenen Neuwahlen geführt. Bei diesen

Wahlen war die separatistische »Neue Flämische Allianz« unter Bart De Wever als stärkste Partei des Landes hervorgegangen. Es wird damit gerechnet, dass diese nun gemeinsam mit der sozialistischen Partei Walloniens, die im französischsprachigen Teil Belgiens die stärkste Partei geworden war, an einer Regierungsbildung arbeiten wird. Eine neue Regierung wird voraussichtlich im September oder Oktober zustande kommen.

Inhaltlich bringt die belgische Ratspräsidentschaft kaum neue Akzente, sondern setzt im Wesentlichen auf Kontinuität zur vorangehenden spanischen Präsidentschaft, mit der Belgien – gemeinsam mit den nachfolgenden Ungarn – im Trio verbunden ist.

Belgien will sich dafür einsetzen, dass der Europäische Auswärtige Dienst sobald wie möglich seine Arbeit aufnehmen kann. Die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei sollen weiter vorangetrieben werden. Mit Island und Mazedonien soll die Aufnahme von Verhandlungen vorbereitet werden.

Außerdem will Belgien für eine effektive Umsetzung der neuen Wachstumsstrategie »Europa 2020« sorgen. Die wirtschaftspolitische Steuerung der EU soll verbessert werden. Die belgische Präsidentschaft will einen mehrjährigen Aktionsplan ausarbeiten, der die Gesamtheit der in der Europäischen Union durchzuführenden Finanzdienstleistungsreformen festlegt, unter Berücksichtigung insbesondere der laufenden Projekte und Fortschritte innerhalb der G 20. Belgien will ein besonderes Augenmerk auf die Einrichtung einer dauerhaften Euro-Rettungsgruppe legen sowie die Vorschläge der Van-Rompuy-Arbeitsgruppe umsetzen. Die noch verbleibenden offenen Fragen zur Einführung eines EU-Gemeinschaftspatents sollen geklärt werden.

Im Bereich der Beschäftigungspolitik bekennt sich die Präsidentschaft zum Flexicurity-Konzept. Außerdem will die Präsidentschaft ein Konzept zu »Green Jobs« sowie »Greening of all jobs« verabschieden. Die Arbeiten an der Mutterschutzrichtlinie und der Antidiskriminierungsrichtlinie sollen fortgesetzt werden. Zur Arbeitszeitrichtlinie soll eine Orientierungsdebatte durchgeführt werden.

Seite der *belgischen Ratspräsidentschaft*  
*Präsidentschaftsseite* unseres belgischen Partnerverbandes VBO-FEB

Dr. Tim Peters, [t.peters@bdi.eu](mailto:t.peters@bdi.eu)  
Andres Rojas del Rio, [a.rojas\\_del\\_rio@arbeitgeber.de](mailto:a.rojas_del_rio@arbeitgeber.de)

## Schuldenkrise in der Eurozone

**BDI und BDA fordern Insolvenzoption für überschuldete Eurostaaten**

Die deutsche Wirtschaft setzt auf einen stabilen Euro.  
Foto: BDI/fotolia (Antonio Alcobendas)

BDA und BDI fordern in einer gemeinsamen Erklärung unter dem Titel »Für eine neue europäische Stabilitätspolitik« die Schaffung einer Insolvenzoption für überschuldete Mitgliedstaaten. Nur auf diese Weise könne verhindert werden, dass die Eurozone sich von einer Stabilitätsgemeinschaft zu einer Transferunion entwickle.

Die Schaffung von europäischen Gemeinschaftsanleihen (»Eurobonds«) lehnt die deutsche Wirtschaft strikt ab. Es ist normal und ein wirtschaftspolitisch wichtiges Signal, dass Staaten mit höherer Verschuldung für ihre Anleihen auch höhere Zinsen zahlen sollen, als Staaten mit niedriger Verschuldung. Eurobonds würden die von den Mitgliedstaaten ausgehenden Probleme nur verschleiern. Sie verhindern die notwendige Zinsdifferenzierung zwischen unterschiedlich hoch verschuldeten Staaten, schalten deren Signalwirkung aus und schwächen so den Anreiz zu solider Haushaltspolitik.

Die kürzlich gegründete Europäische Finanzmarkt-Stabilitätsfazilität (EFSF) müsse als befristete Notmaßnahme nach dem vorgesehenen »Verfalldatum« 30. Juni 2013 auslaufen.

Die Rechte von Eurostat sollen nach der Ansicht der deutschen Wirtschaft gestärkt werden. Die Behörde solle Einsichtsrechte in die Arbeit der nationalen Statistikbehörden erhalten, um die Transparenz der Daten zu erhöhen und die Lieferung von gefälschten Daten wie im Falle Griechenlands zukünftig zu verhindern.

Die Verhängung von Sanktionen bei Überschreitung der Schulden Grenzen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts müsse einem Automatismus unterworfen werden. Neben den ohnehin vorgesehenen Strafzahlungen solle der Fokus zukünftig stärker auf das abgestufte Einfrieren von EU-Mitteln bis hin zur Sperrung aller EU-Mittel inklusive der Agrarmittel gerichtet werden. Mitgliedstaaten, die wiederholt gegen Defizitkriterien und Korrekturaufgaben verstoßen, sollten vorübergehend ihr Stimmrecht im Rat verlieren.

Die europäische Koordinierung und Überwachung der Wirkungen dieser nationalen Politiken muss daher intensiviert und effektiver gestaltet werden. Maßnahmen, die zur Überschuldung der öffentlichen oder privaten Haushalte oder zur Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes führen, müssen frühzeitig identifiziert und durch den im Dialog unter den Mitgliedstaaten entstehenden Druck (»peer pressure«) korrigiert werden.

Die von der EU beabsichtigte Verringerung der Unterschiede der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Mitgliedstaaten muss nach Ansicht der deutschen Wirtschaft die »best performers« als Benchmark festlegen und darf keinesfalls zu einer Nivellierung nach unten führen. Für die Koordinierung und Überwachung der Wettbewerbsfähigkeit müsse eine übersichtliche Zahl von aussagekräftigen struktur- und ordnungspolitischen Indikatoren ausgewählt werden.

Eine verstärkte wirtschaftspolitische Koordinierung und Überwachung dürfe keinesfalls dazu führen, dass die EU dirigistisch in die nationale Lohnfindung oder Sozialpolitik eingreift. Solche Fragen der Wettbewerbsfähigkeit blieben gemäß dem Subsidiaritätsprinzip in der Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten. Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank sowie deren Orientierung an der Preisstabilität dürften nicht angetastet werden. Die verstärkte wirtschaftspolitische Koordinierung und Überwachung sollte innerhalb der bestehenden Institutionen stattfinden.

*Gemeinsame BDI/BDA-Erklärung zur europäischen Stabilitätspolitik*

Ansprechpartner:

Dr. Tim Peters, [t.peters@bdi.eu](mailto:t.peters@bdi.eu)

Antje Gerstein, [a.gerstein@arbeitgeber.de](mailto:a.gerstein@arbeitgeber.de)

## Kommission konsultiert zu einer neuen Energiestrategie 2011-2020

Die Europäische Kommission plant im Laufe des Jahres, die strategische Ausrichtung der europäischen Energiepolitik für die Jahre 2011–2020 zu konkretisieren. Die Umsetzung bestehender Legislativakte, die Einbettung in eine Langzeitstrategie sowie eine klare Prioritätensetzung begründen einen positiven Ansatz. Der BDI setzt sich in seinem Beitrag zur Konsultation für einen deutlicheren Fokus auf erschwingliche Energiepreise ein.

Die Kommission stellt ein auf drei Säulen basierendes Dokument zur Diskussion. Unter der Federführung Günther Oettingers sollen als erster Beitrag zu einer erfolgreichen Energiepolitik zunächst das zweite und dritte Binnenmarktpaket vollständig implementiert werden. Darüber hinaus müsse eine Energiestrategie bis 2020 bereits den Fahrplan für 2050 im Auge haben. Die prioritären Bereiche der neuen Strategie sollen der Netzausbau, der Übergang zu einem kohlenstoffarmen Energiesystem, eine koordinierte Energieaußenpolitik, die Führungsposition in technologischen Innovationen sowie der Schutz der Bürger sein.

Der BDI begrüßt die Ausrichtung des Dokuments im Grundsatz. Positiv ist zu bewerten, dass Energieeffizienz als Schlüssel für die Entkarbonisierung des Energiesystems herausgestellt wird. Ferner ist es richtig, den Netzausbau stärker europaweit zu koordinieren sowie die Markteinführung intelligenter Netze anzustreben. Vermisst werden Ansätze, die aus den Maßnahmen zum Klimaschutz resultierenden hohen Energiepreise für ener-

gieintensive Industrien zu minimieren. Als ein wesentliches Ziel der Strategie nennt die Kommission erschwingliche Energie für Privat- und Industriekunden. Dabei wird übersehen, dass die gegenwärtigen Marktgegebenheiten die besonderen Umstände des produzierenden Gewerbes nicht ausreichend berücksichtigen.

Die Minister der Mitgliedstaaten hatten auf der letzten Ratstagung für Energie am 31. Mai 2010 die Pläne der Kommission begrüßt und einen konkreten Arbeitsauftrag erteilt. Ziel soll es sein, die Strategie auf dem Frühjahrsgipfel der Staats- und Regierungschefs im März 2011 anzunehmen.

Der BDI wird die weitere Ausgestaltung des ersten Entwurfs der Kommission für eine neue Energiestrategie aktiv mitverfolgen und kommentieren.

Das zur Konsultation gestellte so genannte »stock taking document« finden Sie *hier*.

Ansprechpartner:  
Hanna Blankemeyer, [h.blankemeyer@bdi.eu](mailto:h.blankemeyer@bdi.eu)

## Umweltministerrat zur aktuellen Klimadebatte

Zentrales Thema des Umweltministerrates vom 1. Juni 2010 war einmal mehr der Klimawandel. Im Mittelpunkt stand dabei die am 26. Mai veröffentlichte Mitteilung der Kommission zu den Optionen für eine Verringerung der Treibhausgasemissionen um mehr als 30 Prozent.

Der Inhalt der Mitteilung wurde von den Ministern allgemein begrüßt. Die Diskussion offenbarte jedoch einen Dissens hinsichtlich der Frage, inwiefern dieses Ziel in internationale Bemühungen eingebettet werden sollte. Einige Minister sahen die Implementierung ehrgeiziger Ziele als eine Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der EU bei sogenannten »grünen« Technologien an. Insbesondere Frankreich, die Niederlande, Schweden und Dänemark vertraten diese Position. Dem widersprach insbesondere Italien mit dem Hinweis auf drohende Wettbewerbsnachteile bei anderen Industriebranchen. Bundesumweltminister Röttgen sprach sich grundsätzlich für ein Minderungsziel von minus 30 Prozent aus, hieran müsse die EU auch ein ökonomisches Interesse haben. Zugleich betonte er jedoch die Notwendigkeit, entstehende Mehrkosten zu berücksichtigen.

Die Minister forderten die Kommission auf, den Inhalt der Mitteilung weiterzuentwickeln. Den Folgeinschätzungen auf EU-Ebene sollten bis Oktober konkretere Analysen auf nationaler und sektoraler Ebene folgen.

Die Umweltminister nahmen außerdem Schlussfolgerungen zu Wasserknappheit/Dürre und zum Schutz der Wälder jeweils in Bezug auf die Anpassung an den Klimawandel an. Der Rat unterstützte die Einrichtung einer Dürre-Beobachtungsstelle (»European Drought Observatory«), mit deren Hilfe ein Frühwarnsystem sowie ein System zum Austausch von Informationen und besten Verfahren realisiert werden soll. Außerdem sollen die Mitgliedstaaten Managementpläne im Falle von Wasserknappheit und Dürre erarbeiten und die nachhaltige Wassernutzung in der Landwirtschaft vorantreiben.

In den Schlussfolgerungen zur »Vorbereitung der Wälder auf den Klimawandel« wird eine verstärkte Zusammenarbeit bei der nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder auf EU- und internationaler Ebene verlangt. Sehr kritisch bewerteten die Minister auf der Sitzung die Kommissions-Forderung nach erweiterten Kompetenzen der EU. So bestehen bereits eine Forststrategie der EU und ein forstwirtschaftlicher Aktionsplan. Der Schutz der Wälder solle auch zukünftig gemäß dem Subsidiaritätsprinzip der nationalstaatlichen Gesetzgebung unterliegen.

Ansprechpartner:  
Dr. Alexander Kessler, [a.kessler@bdi.eu](mailto:a.kessler@bdi.eu)

## Rat für Beschäftigung und Sozialpolitik: Einigung auf »Armutziel«

Am 7. Juni 2010 tagte der Rat für Beschäftigung und Sozialpolitik in Luxemburg. Zentrales Thema war die Einigung auf ein konkretes »Armutziel« nebst geeigneter Indikatoren als Teil der »Europa-2020«-Strategie, die beim EU-Gipfel am 17. Juni 2010 endgültig verabschiedet worden ist.

Die Minister sprachen sich, wie bereits die Kommission, für das Ziel aus, die Zahl der von Armut bedrohten Menschen bis 2020 um 20 Millionen zu reduzieren. Im Gegensatz zum Kommissionsvorschlag soll die Gesamtzahl der vom Armutsrisiko bedrohten Menschen nicht nur anhand eines Indikators, sondern anhand drei verschiedener Indikatoren ermittelt werden, zwischen welchen die Mitgliedstaaten frei wählen können. Dazu gehören neben dem von der Kommission vorgeschlagenen Einkommen von weniger als 60 Prozent des nationalen Durchschnittseinkommens auch verschiedene Indikatoren für materielle Entbehrung sowie die Langzeitarbeitslosigkeit. Die BDA hält ein spezifisches »Armutziel« grundsätzlich nicht für zielführend, um Armut tatsächlich abzubauen. Der nun zusätzlich vorgesehene Indikator, der die Langzeitarbeitslosigkeit als einen der Hauptgründe für Armut berücksichtigt und der insbesondere von Deutschland gefordert wurde, ist zumindest ein Fortschritt. Die Bundesregierung sollte nun konsequent sein und bei der Formulierung ihrer nationalen Zielvorgaben beim »Armutziel«, den Fokus ausschließlich auf diesen Indikator legen.

Zur neuen Antidiskriminierungsrichtlinie legte die spanische Präsidentschaft lediglich einen Fortschrittsbericht vor, der diesen Namen eigentlich nicht verdient. Tatsächlich wurden keine nennenswerten Fortschritte bei den Beratungen im Rat erzielt, was auch als großer Verhandlungserfolg der Bundesregierung zu werten ist. Die BDA unterstützt die Bundesregierung mit Nachdruck, die ihren Widerstand gegen die Richtlinie im Rat erfolgreich aufrecht erhält.

Bezüglich des Vorschlags der Kommission zur Ausdehnung der Sozialversicherungsverordnung (EG) Nr. 883/2004 auf Nicht-EU-Staatsangehörige erzielten die Minister eine Einigung. Dadurch entfallen die für Deutschland und Österreich bestehenden Ausnahmeregelungen in Bezug auf Familienleistungen für Drittstaatsangehörige. Die Bundesregierung konnte ihr Veto nicht mehr aufrecht erhalten, da die Verordnung nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon mit qualifizierter Mehrheit verabschiedet werden konnte. Damit wurde Deutschland erstmalig bezüglich einer Frage der Koordinierung der sozialen Sicherheit in der EU überstimmt. Das verdeutlicht, dass die neuen Abstimmungsregelungen des Vertrags von Lissabon auch Folgen für sozialpolitische Entscheidungsfindungen im Rat haben.

Ansprechpartner:  
Andres Rojas del Rio, [a.rojas\\_del\\_rio@arbeitgeber.de](mailto:a.rojas_del_rio@arbeitgeber.de)

## Transeuropäisches Verkehrsnetz

Das transeuropäische Verkehrsnetz soll die Grundlage für das reibungslose Funktionieren des europäischen Binnenmarktes legen. Ziel ist es, die für mehr Wachstum und Beschäftigung notwendigen Infrastrukturen zu schaffen.

Im Rahmen einer zweiten Konsultation überprüft die Europäische Kommission ihre bisherige Politik zu den »Trans-European Networks Transport« (TEN-T). Seit der Formulierung der TEN-T-Leitlinien (1996) wurden rund 400 Milliarden Euro, davon fast ein Drittel aus Gemeinschaftsmitteln, in das sogenannte Gesamtnetz und die insgesamt 30 vorrangigen TEN-T-Projekte investiert.

Obwohl wesentliche Fortschritte bei der Realisierung des transeuropäischen Verkehrsnetzes erzielt wurden, gibt es bei einer Vielzahl von prioritären Vorhaben teils beträchtliche Verzögerungen. Diese Erkenntnis veranlasste die Europäische Kommission die bisherige TEN-T-Politik, auf Basis des Grünbuchs Verkehr vom Januar 2009, zu überprüfen. Im Rahmen des ersten Konsultationsverfahrens der Europäischen Kommission, sprach sich der BDI für die Unterscheidung in ein Kernnetz und ein Gesamtnetz aus. Das war zugleich Mehrheitsmeinung.

Dennoch umfasst das Gesamtnetz die Schienen-, Straßen-, Binnenschiffahrts-, Hafen-, und Flughafennetze der Nationalstaaten. Sie bilden die Basisebene des TEN-T-Netzes. Hingegen würde das Kernnetz das Gesamtnetz überlagern und eine europäische Planungsperspektive enthalten, mit den Zielen, die Ressourceneffizienz des Verkehrssystems zu verbessern und

verkehrsbedingte Treibhausgasemissionen zu senken. Das Kernnetz wäre nicht auf das geografische Zentrum der Europäischen Union beschränkt, sondern als der Teil des TEN-T-Netzes zu begreifen, in dem finanzielle und andere Instrumente im Hinblick für eine wirksame Vollendung gezielt eingesetzt werden könnten.

Der zweite Schritt des Konsultationsprozesses, den die Kommission im Mai eingeleitet hat und der bis zum 15. September abgeschlossen werden soll, umfasst die präzisere Auswahl der verfügbaren Strategieoptionen.

Der BDI unterstützt die Weiterentwicklung und die Überprüfung der TEN-T-Politik für ein vernetztes und integriertes Europa. Um das reibungslose Funktionieren des europäischen Binnenmarktes zu gewährleisten, muss künftig der faire Wettbewerb insbesondere auf den Schienenverkehrsmärkten gestärkt und der weitere Ausbau von Verkehrskorridoren vorangetrieben werden. Zudem bietet der europaweite und flächendeckende Einsatz intelligenter Verkehrssysteme im Rahmen der TEN-T-Politik große Effizienzpotenziale.

Weitere Informationen zum transeuropäischen Verkehrsnetz finden Sie *hier*.

Ansprechpartner:  
Fabienne Beez, [f.beez@bdi.eu](mailto:f.beez@bdi.eu) (Büro Berlin)

## Protektionismus weltweit auf dem Vormarsch

In den letzten sechs Monaten ist die Zahl der geschaffenen bzw. geplanten restriktiven Maßnahmen der G-20-Staaten um 78 angestiegen, zeitgleich liefen nur 18 Maßnahmen aus oder wurden abgeschafft. Damit verstoßen die G 20 weiter gegen ihre Selbstverpflichtung, in der Weltwirtschaftskrise eingeführte Handels- und Investitionsbeschränkungen abzubauen.

Seit Krisenbeginn im Oktober 2008 behindern somit 278 neue Maßnahmen den freien Wirtschaftsverkehr auf den 20 wichtigsten Märkten der Welt. Aktuelle Berichte der EU-Kommission sowie von WTO, OECD und UNCTAD weisen zudem auf die Gefahr eines sich verfestigenden und erneut steigenden Protektionismus hin. Zusätzlich Druck zur Marktabschottung könnte nicht nur von hohen Staatsschulden und Arbeitslosenzahlen vieler Staaten ausgehen. Auch die wirtschaftliche Erholung ist noch mit Risiken auf den Finanz- und Devisenmärkten behaftet.

Kritisch stellen die Berichte fest, dass in verschiedenen nationalen Konjunkturprogrammen vorgesehene »Buy-National«-Auflagen im öffentlichen Auftragswesen wie in den USA fortgeführt werden. Außerdem ist ein deutlicher Trend zu Exportbeschränkungen zu verzeichnen.

Die EU-Exporte sind mit 1,7 Prozent deutlich mehr von den protektionistischen Maßnahmen betroffen als der Weltdurchschnitt mit 0,4 Prozent. In der deutschen Industrie sind die Automobil-, Eisen-, Stahl- und Textilindustrie überproportional berührt. Besonders protektionistisch agieren Argentinien, Indonesien und Russland.

Der BDI tritt dafür ein, dass auf dem G-8-Treffen in Huntsville Ende Juni und dem folgenden G-20-Treffen in Toronto entschieden gegen offenen und verdeckten Protektionismus vorgegangen wird. Angesichts der steigenden Rohstoffpreise ist fairer und freier Wettbewerb besonders auf den Rohstoffmärkten dringend notwendig. Um die Gefahr einer weiteren Protektionismuswelle einzudämmen und den wirtschaftliche Aufschwung zu sichern, muss darüber hinaus dringend eine Einigung zur Regulierung der internationalen Finanzmärkte gefunden werden. Letztlich muss eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte stattfinden, die den Regierungen wieder Handlungsspielräume für wirtschaftspolitische Aufgaben eröffnet, ohne den Konjunkturaufschwung auszubremsen.

Den Bericht der EU-Kommission finden Sie *hier*.

Den Bericht von WTO, OECD und UNCTAD finden Sie *hier*.

Ansprechpartner:

Eckart v. Unger, E-mail: [e.unger@bdi.eu](mailto:e.unger@bdi.eu)

## Auf dem Weg in die Champions League: Deutsch-Kroatisches Wirtschaftsforum in Zagreb stärkt kroatische EU-Ambitionen

Rund 350 Teilnehmer aus Kroatien und Deutschland trafen sich am 15. und 16. Juni auf Initiative des Ost-Ausschusses zum Deutsch-Kroatischen Wirtschaftsforum in Zagreb und machten die Veranstaltung zum größten Treffen von Unternehmen beider Länder seit der Unabhängigkeit Kroatiens 1991. Überraschungsgast war der kroatische Bayern-Stürmer Ivica Olic, der für seine Verdienste um die deutsch-kroatische Freundschaft geehrt wurde.

Kroatien befindet sich am Vorabend des Beitritts zur EU. 18 von 35 Beitrittskapiteln sind bereits abgeschlossen, nur noch drei Kapitel müssen gänzlich neu eröffnet werden. In den übrigen kommen die Verhandlungen mit der EU-Kommission gut voran. Der Ball liegt also quasi auf dem Elfmeterpunkt und muss nur noch verwandelt werden, um den Aufstieg des Landes in die Champions League zu schaffen. Es kam zur Unterzeichnung von Verträgen über zwei Globaldarlehen mit einem Volumen von 50 Millionen Euro, die die deutsche KfW der kroatischen Förderbank HBOR zur Verfügung stellt, um zinsgünstige Kredite an kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) auszureichen.

Das erste Darlehen von über 20 Millionen Euro wird im Rahmen der EU-Finanzierungsfazilität für KMU der EU-Kommission abgeschlossen, die der Förderung der Wirtschaft in neuen Beitrittsstaaten dient.

Premierministerin Jadranka Kosor zeigte sich zur Eröffnung zuversichtlich, den technischen Teil der EU-Beitrittsgespräche bis Ende dieses Jahres abschließen zu können. Eine wichtige Hürde war kurz vor Beginn des Forums genommen worden: In einem Referendum hatten sich die Slowenen mehrheitlich für einen Kompromiss im Grenzstreit mit Kroatien um die Bucht von Piran ausgesprochen. Die Regierungschefin kündigte weitere Anstrengungen im Justizwesen an: »Ein kompromissloser Kampf gegen Korruption ist ein wesentlicher Hebel für die Stärkung der Wirtschaft. Bei der Bekämpfung der Kriminalität haben wir gute Resultate erzielt.«

Bislang haben deutsche Unternehmen 2,2 Milliarden Euro direkt in die kroatische Wirtschaft investiert. Damit liegt Deutschland an dritter Stelle hinter Österreich und den Niederlanden. »Wie

beim Fußball will jeder auf den ersten Platz«, ermutigte Ost-Ausschuss-Vorsitzender Mangold zu weiteren Anstrengungen. Mangold betonte den Wunsch der deutschen Wirtschaft nach einem schnellstmöglichen EU-Beitritt Kroatiens. »Die Diskussion, ob angesichts der finanziellen Schwierigkeiten im Euroraum ein Beitritt Kroatiens opportun sei, halten wir für völlig verfehlt.« Kroatien sei auf einem exzellenten Kurs.

Sechs Branchenthemen wurden am zweiten Tag des Forums vertieft. Dabei ging es um Tourismus, Agrarwirtschaft, Energie, Handel, Industrie und Infrastruktur. Die vielen Projektvorschläge aus den einzelnen Panels werden nun zu einem Arbeitspapier

zusammengefasst, das Ende Juli der kroatischen Regierung übergeben wird.

Ansprechpartner:  
Andreas Metz, [a.metz@bdi.eu](mailto:a.metz@bdi.eu)